

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die politische Woche begann bereits – medial sehr stark beachtet – durch die **Bundesversammlung am vergangenen Sonntag**. Joachim Gauck wurde mit großer Mehrheit zum elften deutschen Bundespräsidenten gewählt. Auf den Gängen des Reichstages kursierte der Witz: „Vierter Wahlgang!“ Denn Joachim Gauck war schon 2010 als Kandidat von SPD und Grünen in der Bundesversammlung gegen Christian Wulff angetreten, der damals drei Wahlgänge brauchte, bis die schwarz-gelbe Mehrheit ihn gewählt hatte. Nun hat der bessere Kandidat von 2010 in diesem Jahr eine Mehrheit erhalten, und das Intermezzo von Christian Wulff mit seinem unwürdigen Abgang hat ein Ende gefunden. Joachim Gauck ist kein Sozialdemokrat, und er wird auch nicht immer unsere Gedanken vertreten. Aber ich glaube, dass er ein ehrlicher Präsident sein wird, der die Würde des Amtes wiederherstellt und den Wert der Demokratie und ihrer Institutionen hervorheben wird. Er ist der richtige Präsident zur richtigen Zeit.

In der SPD-Bundestagsfraktion haben wir einen Antrag zur **Abschaffung der Praxisgebühr** beschlossen. Die Praxisgebühr war 2003 von der CDU im Vermittlungsausschuss zur Gesundheitsreform durchgesetzt worden. Nach zehn Jahren zeigt sich aber: Alle Erwartungen, die die Union in die Praxisgebühr gelegt hat, haben sich nicht erfüllt. Weder ist die Praxisgebühr bedeutsam für die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung, noch wurde das Hausarztsystem gestärkt. Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Wenn die Praxisgebühr nachweislich keine positiven Effekte hat, muss sie ersatzlos abgeschafft werden. Wir brauchen stattdessen eine Rückkehr zu paritätisch finanzierten Beitragssätzen und die Abschaffung des von den Versicherten alleine zu entrichtenden Beitrages in Höhe von 0,9



Berlin-Brief, Ausgabe 115
23. März 2012

Meine Termine

Infostand mit SPD-Gemeinderatsfraktion, ASF und OV Heilbronn zum Equal Pay Day: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
24.03.2012, 11 Uhr, Heilbronn, Fußgängerzone

Fest der Gewerkschaft der Polizei
24.03.2012, 20 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Gottesdienst zum Bietigheimer Tag: Klasse(n) Bildung!? Gleiche Chancen für alle!
25.03.2012, 10 Uhr, Bietigheim, Ev. Stadtkirche

Wanderung mit dem SPD-OV Gundelsheim
25.03.2012, 15.30 Uhr, Treffpunkt beim Milchhäusle in Gundelsheim, 17 Uhr Abschluss im „Stern“ in Höchstberg

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



Beitragssatzpunkten. Zudem muss das Hausarztsystem gestärkt werden. In der schwarz-gelben Koalition ist – mal wieder – ein Streit über dieses Thema entbrannt. Gesundheitsminister Bahr von der FDP will die Praxisgebühr abschaffen, die Union sträubt sich – auch, weil sie der FDP nach der Nominierung von Joachim Gauck keinen Erfolg gönnt. Das ist keine Grundlage für eine seriöse Politik!

Am Dienstag war ich für die SPD-Bundestagsfraktion auf einer Podiumsdiskussion des DGB zur **Arbeitnehmerfreizügigkeit**. Seit dem 1. Mai 2011 können Arbeitnehmer aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, ohne weitere Prüfung in Deutschland arbeiten. Die Statistik sagt, dass gar nicht so viele Menschen zu uns gekommen sind, wie man ursprünglich dachte. Jedoch zeigen die Zahlen auch, dass viele Menschen aus diesen Ländern schon vorher in Deutschland waren, aber erst jetzt legal hier arbeiten. Das verstärkt meine Annahme: Diejenigen, denen wir nicht die Möglichkeit geben, einen legalen Arbeitsvertrag zu bekommen, werden in die Illegalität und die Schwarzarbeit gedrückt – und können dort leicht von Arbeitgebern zu Hungerlöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ausgenutzt werden. Wir müssen aber für alle Arbeitnehmer, die in Deutschland sind, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen. Hier müssen wir politisch handeln und nicht auf „Einzelfälle“ verweisen, wenn Arbeitsausbeutung durch die Presse ans Licht kommt. Der DGB leistet hervorragende Arbeit durch mehrsprachige Beratungsstellen. Die notwendigen politischen Veränderungen, um Arbeitsausbeutung vorzubeugen, habe ich bereits Anfang 2011 in einem Antrag für die SPD-Fraktion in den Bundestag eingebracht – aber schwarz-gelb tut mal wieder viel zu wenig.

Derweil hat sich der Zerfallsprozess von Schwarz-Gelb durch die nun anstehenden **Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen** erneut beschleunigt. Anfang des Jahres schien es noch so, als sei Schleswig-Holstein das einzige Land, in dem 2012 gewählt würde. Dann kam der Bruch der Jamaika-Koalition an der Saar, die zuletzt nur nach als „Fluch der Karibik“ galt, mit vorgezogenen Neuwahlen am kommenden Sonntag. Und nun hat sich die FDP in Nordrhein-Westfalen selbst aus dem Landtag katapultiert, indem sie sich bei der Abstimmung um den Haushalt verzockt hat. Wir haben eine gute sozialdemokratische Bilanz: Hannelore Kraft hat die Studiengebühren abgeschafft, den Kommunen mehr Geld gegeben und einen Schulkonsens erreicht. Es sieht alles danach aus, dass Rot-Grün am 13. Mai im größten deutschen Bundesland eine klare Mehrheit für soziale und fortschrittliche Politik erhält, und die FDP in die Bedeutungslosigkeit verschwindet. Das ist ein gutes Zeichen für die Bundestagswahl 2013!

Mit freundlichen Grüßen